

30 Jahre Deutsche Einheit

1989/90: Was für historische Jahre!

Am 31.8.1990 um 13:15 Uhr wird der Einigungsvertrag in Berlin im Kronprinzenpalais Unter den Linden von Bundesinnenminister **Dr. Wolfgang Schäuble** und Staatssekretär **Günther Krause**, den Chefs der beiden deutschen Delegationen, unterzeichnet. Selten hat es ein Vertragswerk von solcher Bedeutung gegeben, das in einem Land, das über 40 Jahre in zwei Staaten mit völlig unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsordnung getrennt war, eine einheitliche Rechtsgrundlage schuf. Es schuf die innerstaatliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands, es bedeutete gravierende Neuerungen für die Bevölkerung der DDR, es setzte aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den politischen Parteien, zwischen Regierung und Opposition, zwischen Bund und Ländern eine Einigung über schwierigste und höchst umstrittene Fragen voraus.

So hatten sich erst in der Nacht vor der Unterzeichnung die Regierungsparteien und die SPD-Opposition abschließend über die noch offenen Fragen verständigt. Vorausgegangen waren Entscheidungen im Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“, der von mir in Vertretung des Bundeskanzlers geleitet wurde, wie auch bereits Ende Juni die Entscheidung, dass die Rechtsüberleitung im Zusammenhang mit dem Beitritt der DDR in einem Staatsvertrag vereinbart werden sollte. Vorausgegangen war auch – nach zahllosen

Besprechungen im Kabinettsausschuss und den Bundestagsfraktionen – am 26. August ein Spitzengespräch im Kanzleramt mit der SPD-Führung, an dem neben Bundeskanzler Kohl, Wolfgang Schäuble und mir Finanzminister Waigel und die Fraktionsvorsitzenden der Koalition teilnahmen. Streitig innerhalb der westdeutschen Seite waren vor allem die Finanzverfassung, die Hauptstadtfrage, die Aufnahme von Staatszielbestimmungen und die Stimmengewichtung der Länder im Bundesrat. Es ging um die Frage, wie der nach westdeutschem Recht strafbare in der DDR legal praktizierte Schwangerschaftsabbruch und der Umgang mit den Stasi-Akten im vereinten Deutschland gehandhabt werden sollten. Bei der Eigentumsproblematik musste von westdeutscher Seite die unnachgiebige Haltung der DDR hingenommen werden, die unter sowjetischer Besatzungsmacht erfolgten Enteignungen zwischen 1945 und 1949 nicht mehr in Frage zu stellen.



Bundesminister und Bundeskanzleramtschef Dr. Rudolf Seiters mit Bundesminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (v. l. n. r.), 20.6.1991 Bonn

Die damaligen Diskussionen auf westdeutscher Seite haben mir klargemacht, welchen verhängnisvollen Weg wir beschritten hätten, wenn wir anstelle des Beitritts der DDR nach Artikel 23 GG die Alternative des Artikels 146 GG gewählt hätten, eine völlig neue Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland zu erarbeiten. Wir hätten auf dem Weg zur deutschen Einheit nicht Wochen oder Monate verschenkt, sondern einen viel längeren Zeitraum – angesichts der vielen unterschiedlichen streitigen Punkte zwischen CDU/CSU, FDP und SPD über Staatszielbestimmungen, Volksbegehren, das Verhältnis von Bund und Ländern und vieles andere mehr. Den Weg über den Einigungsvertrag und den Beitrittsbeschluss der Volkskammer zu gehen, war die einzig richtige Entscheidung. Denn die Frage ist doch berechtigt: Wie lange stand die Tür zur deutschen Einheit wirklich offen? Man vergesse nicht den späteren Putsch gegen Gorbatschow, das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und den Golfkrieg, der zu erneuten erheblichen Spannungen zwischen Moskau und Washington führte.

Nicht alles hat der Einigungsvertrag regeln können. Manche Einzelbestimmungen, etwa das Verhältnis von Rückgabe und Entschädigung in Eigentumsfragen oder die Aufgabenstellung der Treuhänder zur Verwaltung des DDR-Vermögens, mussten nachgebessert werden. Anderes – der Umgang mit der Stasi-Vergangenheit und das Verhältnis von Opfern und Tätern – wurde als ungelöste Aufgabe dem wiedervereinigten Deutschland übertragen. Aber die Grundentscheidungen des Einigungsvertrages waren allesamt richtig, und deswegen wird dieses gewaltige Vertragswerk einen herausragenden Platz in den deutschen und internationalen Geschichtsbüchern einnehmen. Daran haben die Verhandlungspartner aus Ost und West gleichermaßen einen entscheidenden Anteil.

Rudolf Seiters